

Stellungnahme des DGB Bezirk NRW

im Rahmen des Konsultationsverfahrens der
Landesregierung zur „Bioökonomie-Strategie NRW:
Auf dem Weg in eine resiliente Zukunft“

Kontaktpersonen:

Dr. Jörg Weingarten
Abteilungsleiter
Abt. Transformation

Johannes Beckmann
Referatssekretär

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bezirk NRW**
Friedrich-Ebert-Str. 34-38
40210 Düsseldorf
Telefon: 0211/3683-145

Joerg.Weingarten@dgb.de
Johannes.Beckmann@dgb.de
www.nrw.dgb.de

Düsseldorf, den 30.07.2026

Kontext und Einleitung

Die Landesregierung startete im Juni 2026 ein Konsultationsverfahren zur Entwicklung einer Bioökonomie-Strategie für NRW. Dieser Prozess wird von uns ausdrücklich begrüßt und wir bedanken uns für die Möglichkeit, sich am Verfahren beteiligen zu können.

Wir verweisen in dem Kontext auf unsere umfangreiche Stellungnahme zur Kreislaufwirtschaftsstrategie des Landes NRW und den Anforderungen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften an eine moderne und nachhaltige Rohstoffversorgung für Deutschland und Europa aus Juni 2023.¹

Im vorliegenden Papier werden Anmerkungen und Forderungen des DGB zusammenfassend dargestellt und Positionierungen zu den Eckpunkten der Landesstrategie vorgenommen. Wir beziehen uns dabei insbesondere auf die Fragen, die im Rahmen des Online-Konsultationsverfahrens zum Kapitel „Handlungsfelder“ (Seite 2 von 23 im Online-Formular) gestellt werden. Im vorliegenden Dokument gehen wir zusammenfassend auf die genannten Fragestellungen des Kapitels ein.

Behandelte Fragestellungen bei den Handlungsfeldern

- 1) Welche Handlungsfelder halten Sie für die Bioökonomie in NRW für besonders wichtig?
- 2) Warum ist Ihnen das/die ausgewählte/n Handlungsfeld/er besonders wichtig?
- 3) Welche Ideen haben Sie, um das strategische Ziel in diesem Handlungsfeld bzw. diesen Handlungsfeldern für NRW zu erreichen?
- 4) Fehlt aus Ihrer Sicht ein wichtiges Handlungsfeld oder strategisches Ziel?

¹ https://nrw.dgb.de/dgb-nrw-fileadmin/dateien/Bilder/Bezirk/Downloadcenter/2026_Stellungnahmen/DGB_Stellungnahme_Kreislaufwirtschaft.pdf

sowie <https://www.dgb.de/aktuelles/news/moderne-rohstoffversorgung-das-fordern-gewerkschaften/>

Welche Handlungsfelder halten Sie für die Bioökonomie in NRW für besonders wichtig?

Als DGB NRW halten wir die drei Handlungsfelder „Innovation vorantreiben“, „Markt- und Produktentwicklung unterstützen“ und „Kompetenzen und Wissen erweitern“ für besonders wichtig.

Warum sind Ihnen die ausgewählten Handlungsfelder besonders wichtig?

In Nordrhein-Westfalen fällt die Innovationsquote im Bundesvergleich auffällig niedrig aus. Zwar sind hier zahlreiche Forschungs- und Universitätsstandorte vorhanden, dennoch fällt NRW im Innovationsgeschehen im Vergleich zu anderen Bundesländern wie Bayern oder Baden-Württemberg weit zurück. Nur 15 % des bundesweiten Personals im Forschungs- und Entwicklungsbereich ist in NRW verortet. Die sogenannte Innovatorenquote ist von 70 % in 2022 auf etwa 50 % in 2024 abgerutscht.²

In den Bereichen Patentanmeldungen, Innovationen und Unternehmensgründungen ist auch nach den Ergebnissen des Innovationsberichts 2024 des MWIKE ein entsprechend hoher Aufholbedarf angezeigt. Insbesondere kleine- und mittelständische Unternehmen (KMU) hängen beim Innovationsgeschehen hinterher. Im gesamten Innovationsgeschehen sowie deren Übersetzung in betrieblichen Prozesse und Produkte besteht in NRW also großer Nachholbedarf.

Die Bioökonomie kann wie die Kreislaufwirtschaft aus Sicht des DGB NRW dazu beitragen, das Innovationsgeschehen in NRW zu stärken bzw. anzutreiben. Gerade im Bereich der Bioökonomie können Branchen kooperieren, die vorher nicht oder kaum zusammengearbeitet haben. Im Zuge dieser Kooperationsbeziehungen und unter Beteiligung der betrieblichen Mitbestimmung können neue Wertschöpfungsnetze entstehen, aus denen innovative und nachhaltige Produkte oder Dienstleistungen hervorgehen.

Aus gewerkschaftlicher Perspektive ist die Modernisierung der Bestandsindustrien und die Weiterentwicklung neuer Geschäftsfelder

² Die Innovatorenquote misst den Anteil der Unternehmen, die in einem bestimmten Zeitraum (meist die letzten drei Jahre) neue oder stark verbesserte Produkte oder Prozesse eingeführt haben.

ein zentraler Baustein zur Sicherung von Beschäftigung, Qualifizierung und Wertschöpfung.

Gerade für unsere Mitgliedsgewerkschaften spielt die Sicherung der Bestandsbetriebe eine erhebliche Rolle, da diese unter Standortverlagerungstendenzen, auch durch ausbleibende Investitionen und Innovationen, leiden. Die Deindustrialisierung beschleunigt sich und lässt sich nicht mehr als schleichend bezeichnen.³

Je mehr Forschung, Entwicklung oder Produkt- sowie Prozessinnovationen das Bundesland verlassen und im Zweifel auch außerhalb Europas allokiert werden, desto mehr stehen persönliche Erwerbsbiografien und das Vertrauen in die demokratische Handlungsfähigkeit auf dem Spiel. Hinzu kommt die klare Erkenntnis, dass einmal geschlossene Standorte nicht zurückkehren. Damit setzen wir nicht nur die Sicherheit der Beschäftigten aufs Spiel, sondern auch die Versorgungssicherheit Europas und die geopolitische Souveränität.

Gerade die Bioökonomie kann aus Sicht des DGB NRW ein zentraler Baustein für die strategische Souveränität werden, da sie durch die Nutzung nachwachsender Rohstoffe und biotechnologischer Prozesse die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und fragilen globalen Lieferketten zu reduzieren hilft. Sie zielt darauf ab, heimische, zirkuläre Wertschöpfungsketten aufzubauen. Dies umzusetzen ist aber voraussetzungsvoll.⁴

Wir empfehlen deshalb den wirtschaftspolitischen Ansatz einer "High-Road-Strategie", die auf Innovation, Produktivität und hohe Qualität abzielt.⁵ Deutschland und NRW sind keine Low-Cost-Standorte und werden auch niemals ihre Wettbewerbsfähigkeit durch

³ Siehe z. B. die aktuelle Einschätzung des BDI unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2026-07/tanja-goenner-bdi-deutsche-industrie-deindustrialisierung-gxe> und die Forderungen der IGM nach einer gemeinsamen Initiative, den Industriestandort Deutschland durch die Krise zu bringen unter: <https://berlin.igmetall.de/aktuelles/2026/q1/ig-metall-fordert-gemeinsame-initiative>

⁴ Siehe dazu die umfassende Stellungnahme des DGB Bundesvorstand aus 2023 zu den Anforderungen an eine moderne Rohstoffversorgung unter https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Positionen_und_Thesen/2023_06_30_Gewerkschaftliche_Anforderungen_Rohstoffpolitik.pdf

⁵ Die High-Road-Strategie bezeichnet ein wirtschafts- und unternehmenspolitisches Konzept, das auf hohe Qualität, Innovation und Investitionen in Mitarbeiter setzt, anstatt im harten Preiswettbewerb über niedrige Löhne zu gewinnen. Siehe dazu: Aiginger, Karl in WSI-Mitteilungen 7/2015: Industriepolitik als Motor einer Qualitätsstrategie mit gesellschaftlicher Perspektive.

niedrige Sozialstandards erreichen können. Notwendige Bedingung für diese Strategie sind hervorragend ausgebildete Fachkräfte und kontinuierliche Weiterbildung.

Durch "Upskilling" kann Erwerbsarbeit aufgewertet werden und produktive Beschäftigung mit hohen Entgelten honoriert werden. Diese wiederum bilden die Voraussetzungen für eine florierende Binnennachfrage, die sich positiv auf die Bedingungen im Bereich wie Dienstleistungen, Handwerk oder Handel ausstrahlt.

In der Prognos-Studie "Impulse zur Steigerung der Innovationsaktivitäten von KMU in NRW" im Auftrag des Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (MWIKE) werden Gründe für mangelnde Innovation benannt und Handlungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Demnach fehlt es weniger an den Angeboten, sondern die Angebots- und Förderlandschaft wird von KMU mit geringeren Ressourcen als sehr zerklüftet und unübersichtlich wahrgenommen. Als Handlungsempfehlungen wird eine stärkere Orchestrierung der Landesregierung genannt sowie dass mehr Steuerungs- und Koordinierungsfunktionen kohärenter ausgerichtet werden sollten.

Diese Erkenntnis muss sich nach unserer Auffassung auch auf die zukünftige Förderung und Stärkung der Bioökonomie beziehen. Zudem bedarf es niedrigschwelliger Angebote für die Inanspruchnahme öffentlicher, aber konditionierter Unterstützungsleistungen. Weniger innovationsaffinen Betrieben kann bereits eine große Hilfe geleistet werden, wenn der erste Schritt erstmal ein kleinerer ist - solange er denn gemacht werden kann. Dazu könnten bereits Vereinfachungen und Beschleunigungen von Landesprogrammen hilfreich sein (Standardisierung, Pauschalisierung, reduzierte Nachweispflichten u. v. m.).

Hinzu kommt in vielen Fällen, dass Betriebe durch wirtschaftspolitische Schlingerkurse maximal verunsichert sind. Auch deshalb sprechen wir uns als Deutscher Gewerkschaftsbund seit jeher für eine aktive Wirtschaftspolitik aus, die Klarheit und Planbarkeit für Betriebe und Belegschaften schafft. Begrifflichkeiten wie "Technologieoffenheit" dürfen nicht als Feigenblatt für fehlenden wirtschaftspolitischen Gestaltungswillen genutzt werden.

Deshalb begrüßen wir auch, dass das Land in der Strategie seine Rolle mit der öffentlichen Beschaffung und aktiven Mitgestaltung von Anreizen in Bund und EU für das Vorantreiben der Bioökonomie anerkennt.

Welche Ideen haben Sie, um das strategische Ziel in diesem Handlungsfeld bzw. diesen Handlungsfeldern für NRW zu erreichen?

Die Umsetzung der Landesstrategie, insbesondere die Innovations- und Beschäftigungsförderung im Bereich der Bioökonomie, sollte an endogenen Potentialen in den jeweiligen NRW-Regionen ansetzen, um die erforderliche »kritische Masse« an Innovationspotentialen aktivieren zu können.⁶

Viele Regionen in NRW haben sich in einem Beteiligungsprozess regionale Leitbilder gegeben oder befinden sich im Aufbau von Innovationökosystemen.⁷ Diese Prozesse sind anschlussfähig für die Entwicklung und Verortung der Bioökonomie als Zukunftsbranche.⁸ Dazu gehört der Aufbau von regionalen Bioökonomienetzwerken unter Beteiligung verschiedener Stakeholder von Wirtschaftsförderungen, Kammern und Gewerkschaften, von Bestandsunternehmen, Start-Ups und Wissenschaft.

Eine Studie der europäischen Dachgewerkschaft für Agrar-, Umwelt-, Nahrungswirtschaft und Tourismus (EFFAT) zeigt, dass sich die Bioökonomie vor allem durch eine enorme Vielfalt auszeichnet.⁹ Um neue biobasierte Wertschöpfungsketten erfolgreich zu entwickeln, gilt es aus Sicht des europäischen Gewerkschaftsdachverbands, diese Vielfalt zu berücksichtigen, richtig zu verstehen und

⁶ Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen stützt einen solchen Ansatz bereits bundesweit mit dem Programm „RegioStrat – Strategische Regionalentwicklung“.

⁷ Siehe Dr. Jörg Weingarten: Participation and Cooperation: A trade union perspective on structural policy for preventive transition. Aus: Kiese, Matthias/Beck, Rasmus et al. (Hrsg.): Beyond Innovation Hotspots. Clusters for Competitiveness and Transformation in Real Regions, S. 105–129. 2024.

⁸ Etwa im Rheinischen Revier mit der Initiative BioökonomieREVIER: Start

⁹ [Bioökonomie | EFFAT - Europäische Gewerkschaftsföderation für Ernährung, Landwirtschaft und Tourismus](#)

angemessen zu behandeln: Wenn dies nicht gelingt, kann es zu verpassten Chancen und/oder nicht aufgegriffenen Herausforderungen kommen, die den Erfolg entsprechender Initiativen (eben auch die Umsetzung der NRW-Landesstrategie) gefährden können.

Daher ist die Schaffung sektorenübergreifender Verbindungen (zwischen Landwirtschaft und Verarbeitung; zwischen Food- und Non-Food-Wertschöpfungskette) und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Stakeholdern von besonderer Bedeutung, um die vorgenannte Vielfalt voll auszuschöpfen und umzusetzen.

Dazu gehört die Schaffung eines angemessenen politischen/regulatorischen Rahmens und eine zielgerichtete Reduzierung regulatorischer Einschränkungen für die vollständige Nutzung von Biomasse in Wertschöpfungsprozessen, unbeschadet von Sozialstandards und des Umweltschutzes.¹⁰

Solche Strategien zur Steigerung der Produktivität und für technologischen Innovationen sind aber kein Selbstzweck – sie müssen den Menschen und damit gleichwohl der Zukunft der Betriebe dienen. Deshalb müssen Gewinne fair geteilt werden: in Form von besseren Löhnen, kürzeren Arbeitszeiten, starker betrieblicher Mitbestimmung und gezielter Weiterbildung. Konkret braucht es dafür eine starke Sozialpartnerschaft in der Branche und ihren unterschiedlichen Teilbereichen, eine verlässliche Tarifpolitik, ein echtes Mitspracherecht der Betriebsräte bei neuen Technologien und eine gezielte Qualifizierung der Teams.

Echte Innovationskraft entsteht nicht aus Angst vor dem Arbeitsplatzverlust, sondern aus Vertrauen, Motivation und der Chance, die Zukunft des Betriebs aktiv mitzugestalten.

Zudem sind Qualifizierung sowie Aus- und Weiterbildung ein wichtiger Schlüssel für die Zukunftssicherung der Bestandsbetriebe im Bereich der Bioökonomie aber auch der Weiterentwicklung der entsprechenden Bioökonomiecluster in den NRW-Regionen. In den Betrieben können durch lernförderliche Aufgaben und systematische Personalentwicklung Beschäftigte fit für den Wandel gemacht werden, statt sie durch Technologie zu ersetzen. Das Erfahrungswissen

¹⁰ Siehe Studie zur Bioökonomie der EFFAT - Europäische Gewerkschaftsföderation für Ernährung, Landwirtschaft und Tourismus, gefördert von der EU unter dem Titel VS2017/0319

der Kolleg*innen gilt es anzuerkennen und fair zu nutzen. Das informelle Erfahrungswissen der Kolleg*innen an der Basis ein wichtiges Fundament für die Weiterentwicklung der Bioökonomie und Unternehmenserfolgs.

Auf arbeitsorganisatorischer Ebene und im Sinne von sozialen Innovationen bedarf es einer Kooperation auf Augenhöhe. Durch integrierte Produktentwicklung können alle Bereiche (von der Entwicklung über die Produktion bis zum Service) von Anfang an partnerschaftlich zusammenarbeiten. Das bricht starre, hierarchische Strukturen auf und fördert Innovationen. Zudem setzen High-Road-Unternehmen auf faire, vertrauensvolle Netzwerke mit Partnern, statt auf ruinösen Konkurrenzkampf.

Bei Optimierungen, Automatisierungen und der Digitalisierung muss das oberste Ziel immer die menschengerechte Technikgestaltung sein, gerade in innovationsaffinen Branchen. Digitale Systeme und IT dürfen nicht zur Arbeitsverdichtung, Dequalifizierung oder Leistungskontrolle missbraucht werden. Dreh- und Angelpunkt ist die Mitbestimmung bei der Einführung. Technologien müssen als unterstützendes Werkzeug und Kommunikationsmedium gestaltet werden. Die Beschäftigten in der Bioökonomie und ihre Betriebsräte müssen bei der Einführung neuer Systeme von Anfang an am Tisch sitzen und mitbestimmen.

Fehlt aus Ihrer Sicht ein wichtiges Handlungsfeld oder strategisches Ziel?

Wir bemängeln als Deutscher Gewerkschaftsbund NRW, dass die Perspektive der Menschen, die in der Bioökonomie tätig sind, im Strategiepapier bislang eher als Randnotiz behandelt wird. Damit hat die Strategie hinsichtlich arbeits- und beschäftigungspolitischer Implikationen zurzeit noch relevante Leerstellen. Es fehlt also (ähnlich wie bereits in der Kreislaufwirtschaftsstrategie) an einer Verknüpfung zur strategischen Arbeitsmarktpolitik. Das kann aus Sicht des DGB NRW am Ende des Tages nicht der Anspruch an ein landespolitisches Branchenstrategiepapier sein.

Zwar bekommt das aktuelle Thema „Fachkräfte“ einen kleinen Abschnitt, der sich auf 3 von 122 Seiten des Strategiepapiers beschränkt. Im Kern wird hier vor allem das Ziel formuliert, dass diese

Fachkräfte der Wirtschaft „zur Verfügung stehen“ sollen. Gleichwohl begrüßen wir, dass die Rolle von berufsbildenden Schulen anerkannt wird und Bioökonomie nicht nur als akademisches Thema behandelt wird.

Genauso begrüßen wir, dass wir als Sozialpartner mit unserer Perspektive für die regelmäßige Neufassung von Lehr- und Bildungsplänen berücksichtigt werden sollen. Unterstützenswert sind auch die Maßnahmen, die Modernisierung von Lehr- und Lernräumen für die nachhaltigkeitsorientierte Berufsbildung anzugehen. Auch das Einbringen der Bioökonomie -Themen im Landesprogramm „Schule der Zukunft“ bewerten wir als positiv.

Als problematisch bewerten wir hingegen, dass die Umsetzung der Maßnahmen unter dem Vorbehalt der haushälterischen Umsetzbarkeit stehen. Bei den genannten Zielen und Maßnahmen belässt es die Bioökonomie-Strategie aber auch hinsichtlich ihrer Ambitionen für arbeitspolitische Zielvorstellungen.

Zwar wird darüber hinaus in Kapitel 9 „Gesellschaft und Umwelt“ postuliert, dass es sich bei der Bioökonomie auch um ein gesellschaftliches Transformationsprojekt handelt, das soziale Gerechtigkeit und Teilhabe fördern soll. Man beschränkt sich dabei aber auf die Ziele „Gesundheit und Lebensqualität“, „Nachhaltiger Konsum“ und „Ökosystemfunktionen“. In den restlichen Abhandlungen der Bioökonomie-Strategie werden jedoch hauptsächlich technische und regulatorische Aspekte beleuchtet, dabei bietet sie auch das Potenzial sozialer Innovationen, die stärker zu adressieren sind.

Die Auswirkungen auf Mensch, Arbeitsorganisation und gesellschaftliche Zusammenhänge werden ferner ausgeblendet. Gleichzeitig wird an diversen Stellen unterstrichen, dass in NRW 800.000 Menschen – also fast jede*r zehnte – in Branchen arbeiten, die der Bioökonomie zugerechnet werden. Genauso häufig wird betont, dass Bioökonomie „Gute Arbeit“ bieten kann. Wie genau diese „Gute Arbeit“ aber gesichert oder gefördert werden soll, bleibt gänzlich offen. Dabei ist gerade im Bereich der Bioökonomie – entgegen der Darstellung im Strategiepapier – nicht jedes Beschäftigungsverhältnis automatisch mit dem Prädikat „Gute Arbeit“ zu versehen.

Damit blendet das Strategiepapier aus unserer Perspektive ein sehr relevantes Thema aus: Die extrem auseinanderklaffenden Arbeits-

und Lebensbedingungen der vielen Menschen, die schon heute in den prekären Teilen der Bioökonomie jeden Tag das System am Laufen halten. Die Bioökonomie ist gekennzeichnet durch eine sehr heterogene Beschäftigtenstruktur und sehr hohe Wissens- und Flexibilitätserfordernisse, einer Ausweitung atypischer Beschäftigung und hoher Arbeitsintensität.¹¹

Es handelt sich hierbei also nicht nur um gut bezahlte Chemiker*innen, die mit Tarifvertrag und Weihnachtsgeld im Labor an Biokraftstoffen forschen.

Es handelt sich in wesentlichen Teilbereichen der Bioökonomie auch um zehntausende Menschen, die ohne Deutschkenntnisse über Wochen morgens in Containern aufwachen und schwerste körperliche Arbeiten verrichten. Es handelt sich auch um einen Großteil der Forstbeschäftigten, der sich laut Umfragen der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) durch die verschärften Klimabedingungen emotional ausgelaugt fühlt.

Auch für Hochqualifizierte können durch den Fachkräftemangel und die teils noch unsichere Marktposition - sowohl in forschungsnahen Instituten als auch in Biotech-Start-Ups - sehr belastende Beschäftigungsbedingungen vorherrschen. Diese materialisieren sich in Kettenbefristungen, dauerhaft zu hoher Arbeitsintensität oder sehr hohen Arbeitsvolumina.

Die Bioökonomie ist zudem als wohl arbeitsintensivste Branche in Teilen höchst anfällig und bekannt für schwerste Fälle von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel. Das betrifft insbesondere die vielen Wirtschaftszweige in der Lieferkette der Nahrungsmittelproduktion. Unsere italienischen Gewerkschaftskolleg*innen sind immer noch erschüttert von dem Vorfall, der zuletzt in Italien geschah. Sogenannte „Caporali“ (Vorsteher der Erntehelfer) töteten fünf ausländische Erntehelfer, indem sie Benzin in ihr Auto gossen und die Autotüren zuhielten, bis diese bei lebendigem Leib verbrannten. Der Auslöser dafür war, dass die afghanischen Männer sich darüber beschwerten, dass ihnen seit einem Monat der Lohn vorenthalten wurde. Dieser brutale Fall ist die Spitze eines Eisbergs und ein absoluter Extremfall.

¹¹ Siehe Brunsen et.al: Arbeiten in bioökonomischen Produktionsprozessen. In WSI-Mitteilungen 2/2024.

Aber auch auf den Feldern am Niederrhein und in den holländischen- bzw. belgischen Grenzregionen werden zahlreiche Menschen in missbräuchlichen Arbeitsverhältnissen gehalten. Die Kolleg*innen aus dem Projekt „Faire Mobilität“¹² berichten von psychischer und körperlicher Gewalt oder 80-Stunden-Wochen. Diese Beschäftigten stehen in glühender Hitze und eiskaltem Frost auf Feldern und in Wäldern (s. auch unsere kürzliche Stellungnahme zum Klimaanpassungsgesetz).

Zahlreiche Saison- und Leiharbeitskräfte werden nach den hochintensiven Saisonarbeitsphasen wieder in die Arbeitslosigkeit entlassen. Berichte und Erfahrungen aus dem landesweiten Netzwerk gegen Arbeitsausbeutung dokumentieren immer wieder die teils menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen.

Wanderarbeiter*innen und Arbeitsmigrant*innen werden hier teilweise so schwer misshandelt, dass selbst in Rumänien und Bulgarien die Menschen davor gewarnt werden, zum Arbeiten nach Deutschland bzw. NRW zu kommen. Mittlerweile werden deshalb über Anwerbeabkommen Beschäftigte aus Drittstaaten wie Vietnam, Indien oder dem Kaukasus angeworben, weil auch Südosteuropäer nicht mehr bereit sind, zu diesen Bedingungen zu arbeiten.

Arbeitsverträge werden an Mietverträge gekoppelt, wodurch bei Aufbegehren gegen missbräuchliche Arbeitsbedingungen ein brutaler Doppelschlag von Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit droht. Nicht selten wird die Bezahlung an Arbeitsleistung (Bezahlung je Kilogramm/Korb) gekoppelt, damit die Beschäftigten bei minimalen Löhnen das Maximum ihrer Leistungsfähigkeit verausgaben. Gleichzeitig wird in regelmäßigen Abständen von einschlägigen Landwirtschafts-Lobbyvertretern versucht, sogar den Mindestlohn für Feldarbeiter*innen sturmreif zu schießen.

Diese und ähnliche Strukturen sind nicht nur von der Feldarbeit bekannt, sondern erstrecken sich bis in die Fabrikhallen, wo Schweinekörper zerteilt oder Konservendosen mit Mais befüllt werden. In einigen Regionen leben Arbeitsmigrant*innen neben dem bürgerlichen und anschaulichen Dorfleben wie in Parallelgesellschaften in heruntergekommenen Baracken. Bei aufsuchenden Gewerkschaftsaktionen treffen die Kolleg*innen manchmal kaum einen Menschen an, der sich nicht nach dem Arbeitstag mit Alkohol betäubt.

¹² Siehe zum Projekt und deren Arbeit: <https://www.faire-mobilitaet.de/>

Diese Realitäten sind genauso Teil der Bioökonomie, und wir fordern die Landesregierung auf, mit allen Kräften diese Missbrauchsstrukturen zu bekämpfen.

Die vergangenen Maßnahmenpakete um das Arbeitsschutzkontrollgesetz, bessere Koordination der Strafverfolgungsbehörden und des Zolls etc. sowie die Förderung der verschiedenen Beratungsstellen gegen Arbeitsausbeutung spielen in diesem Zusammenhang weiterhin eine wichtige Rolle. Diese Arbeit muss verstetigt und die Personalstärke der Arbeitsschutzkontrollbehörden den Aufgaben entsprechend angepasst werden.

Genauso verdienen aber auch die meist ESF-projektfinanzierten Berater*innen der Beratungsstellen gegen Arbeitsausbeutung stabilere Beschäftigungsbedingungen außerhalb der üblichen Dauerbefristungen.

Die benannten Probleme werden sich nämlich auch nicht durch technologische Fortschrittsversprechen auflösen. Die Möglichkeiten zur Automatisierung sind in biotechnologischen Anwendungen nicht so ausgeprägt wie in anderen industriellen Anwendungsbereichen. Sobald kontrollierte Fabrik- und Laborbedingungen verlassen werden, kommen Standardisierungen und industrielle Prozessoptimierungen stark an ihre Grenzen. Prozesse, die auf biologischen Verfahren beruhen, folgen deshalb gänzlich anderen Logiken als kontrollierte pipelinebasierte Verfahren oder fließbandoptimierte Fertigungen.

In der Biopolymerchemie spricht man etwa von einer hohen „Varianz im Rohstoff“, die durch unterschiedlichste Bodenqualitäten oder Bedingungen im Fermenter entstehen. Ähnliche Grenzen der Automatisierung gelten genauso für einfache Spargelsortiermaschinen, die niemals die hohe Arbeitsintensität in diesen Branchen auflösen, sondern nur eine Ergänzung zum Faktor Mensch bleiben werden. Das gilt umso mehr mit dem fortschreitenden Klimawandel und erschwerten Umweltbedingungen.

Im Kontext der Arbeitsbedingungen positionieren wir uns klar:

- Es darf auf keinen Fall Mindestlohn ausnahmen für Wanderarbeiter*innen und Saisonbeschäftigte geben.
- Saisonkräfte müssen genauso vom Krankenversicherungssystem abgedeckt werden.

- Auf europäischer Ebene muss sich dafür eingesetzt werden, dass sozial- und arbeitspolitische Projektförderungen des ESF auch im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen ausreichend hinterlegt werden. Aktuell steht diese Säule der europäischen Strukturpolitik nämlich auf einem sehr wackeligen Fundament.
- Immer wieder wird unseren gewerkschaftlichen Beratungsstellen durch Unternehmen/Landwirte der Zugang zu den Beschäftigten auf den Feldern verwehrt. Betriebe, die insbesondere EU- bzw. landespolitische Fördermittel empfangen, müssen deshalb versichern, dass sie unseren sozialpartnerschaftlichen Vertreter*innen Zugang zu den Beschäftigten gewähren.
- Wir erkennen an, dass die Landesregierung durch die öffentliche Beschaffung Anreize für bioökonomische Geschäftsmodelle und Produkte setzen möchte. Dasselbe Engagement erwarten wir aber auch für ordentliche Beschäftigungsbedingungen, indem auch endlich umfassendere Tariftreueregelungen im Land Einzug finden (s. DGB-Stellungnahme zum Tarifentgeltsicherungsgesetz NRW).